

## Herstellerhaftung Fall 1: Hühnerpest (angelehnt an BGH NJW 1969, 269)

Gernot Gansel (G), ein Bauer in Schleswig-Holstein, lässt aufgrund einer Werbung der Firma Veron (V) seine Hühner vom Tierarzt Dr. Tillich (T) gegen Hühnerpest impfen. Der Impfstoff stammte von der Herstellerfirma V und war im Oktober 2012 in den Verkehr gebracht worden. Die Abfüllung in Ampullen wurde nach einer zwar alten und verbesserungswürdigen, aber noch als ausreichend zuverlässig bewerteten Methode von Hand in der Fabrik des V vorgenommen. Anlässlich dieser Handabfüllung war – was später ein Sachverständiger herausfand – eine bakterielle Verunreinigung erfolgt. Aufgrund der Verunreinigung wurden die zunächst im Impfstoff abgeschwächten Viren wieder aktiv und somit so infektiös, dass sie für einen Impfstoff eigentlich nicht mehr taugten.

Nachdem T die Hühner des G mit dem Impfstoff gespritzt hatte, verendeten bald darauf viele Tiere. G leitete daraufhin eine Notschlachtung seines Bestandes ein. Von der Infektion betroffen waren sowohl solche Tiere, die G rein gewerblich züchtete, als auch solche, die er für den reinen Privatgebrauch vorhielt, weil sie besonders gut gediehen waren. Schon die von G für den Privatgebrauch unterhaltenen Hühner hatten einen Wert von 500,00 Euro. Leider konnte im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden, ob den Hersteller des Impfstoffs (V) auch ein subjektiver Vorwurf im Sinne eines Verschuldens gemacht werden konnte. V bot jedenfalls die Beweisführung dazu an, dass der Herstellungsleiter der Filiale (hier der L) von ihm sorgfältig ausgesucht und überwacht wurde.

### Aufgabe:

Prüfen Sie, ob der geschädigte Bauer G gegen T oder gegen V Schadensersatzansprüche wegen seines Vermögensschadens in Höhe von insgesamt 5.500,00 Euro wegen der notwendigen Notschlachtung der Tiere hat. Der Eintritt dieses Vermögensschadens ist zu unterstellen! Prüfen Sie sowohl vertragliche als auch deliktische Ansprüche, insbesondere solche aus Herstellerhaftung nach § 823 I BGB und aus § 1 I ProdHaftG, aber auch § 831 BGB!

## Lösung:

Teil 1: Schadensersatzansprüche des G gegen T

**A. Schadensersatzansprüche des Bauern G gegen den Tierarzt T i. H. v. 5.500,00 Euro könnten sich vorliegend aus der schuldhaften Schlechtleistung von Pflichten aus einem Werkvertrag ergeben, §§ 634 Nr. 4, 280 I BGB.**

### **I. Anspruch entstanden?**

Voraussetzung dafür ist, dass ein solcher Anspruch entstanden ist.

#### **1. Werkvertrag**

Dann müsste der Behandlungsvertrag, den G mit T zur Impfung seiner Tiere eingegangen ist, als Werkvertrag zu qualifizieren sein. Beim Werkvertrag wird gegen Entgelt gem. § 631 BGB ein körperliches oder unkörperliches Werk erstellt. In Abgrenzung zum Dienstvertrag ist nicht das bloße Tätigwerden, sondern der Erfolg geschuldet. Bei der tierärztlichen Behandlung wird im Unterschied zur Behandlung von Menschen (bei der nur ganz ausnahmsweise ein Werk geschuldet wird)<sup>1</sup> die Erfolgsbezogenheit bejaht. Die zum Vertragsschluss erforderlichen Willenserklärungen (§§ 145 ff. BGB) wurden abgegeben. Wirksamkeitshindernisse sind nicht ersichtlich.

#### **2. Vorliegen eines Werkmangels (bei Vollendung) als Pflichtverletzung gem. § 280 I BGB**

Ein Schadensersatzanspruch gem. §§ 634 Nr. 4, 280 I BGB setzt weiter einen Werkmangel voraus. Hier könnte es sich um einen Sachmangel handeln. Was ein sachmangelhaftes Werk ist, wird von § 633 BGB definiert. Danach gilt Folgendes:

Für die Frage, ob ein Sachmangel vorliegt, ist zunächst auf die vertraglich vereinbarte oder vorausgesetzte Beschaffenheit des Werkes abzustellen – so die Anordnung in § 633 II S. 1, 2 Nr. 1 BGB („subjektiver Fehlerbegriff“). Erst wenn eine derartige Vereinbarung fehlt, kommt es auf die gewöhnliche Beschaffenheit des Werkes an, also auf das, was üblicherweise geschuldet wird (§ 633 II S. 2 Nr. 2 BGB).

Nach dem Fall kam es nach der Impfung zu einem Hühnersterben. Dieses beinhaltet eine negative Abweichung der Ist- von der gewöhnlichen Soll-Beschaffenheit der tierärztlichen Behandlung. Deshalb ist eine mangelhafte Werkleistung zu bejahen. Der Mangel des Werkes lag auch bereits bei der Vollendung desselben vor, wobei die Vollendung (bei diesem unkörperlichen Werk) im Fall an die Stelle der Abnahme getreten ist. Der Werkmangel führt dazu, dass eine Pflichtverletzung gem. § 280 I BGB gegeben ist.

---

<sup>1</sup> So bei einem Röntgenarzt, der Bilder produzieren soll. Ansonsten ist wegen der fehlenden Voraussehbarkeit der Konstitution nur ein Bemühen um den Erfolg Inhalt des Vertrags.

### 3. Schaden

Nach dem Sachverhalt ist dem G auch ein Schaden entstanden – hier in Höhe von 5.500,00 Euro.

### 4. Vertretenmüssen des T

Der Schuldner haftet jedoch nur, wenn er die Pflichtverletzung (hier den Mangel) zu vertreten hat. Dies ergibt sich aus § 280 I S. 2 BGB, der ein Verschulden im Sinne von § 276 BGB fordert. Ein Vertretenmüssen setzt danach voraus, dass T den Werkmangel vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt hätte. Aufgrund der Formulierung des § 280 I S. 2 BGB wird zwar das Vertretenmüssen des Schuldners grds. vermutet. Es ist jedoch denkbar, dass sich der T hinsichtlich der Verschuldensvermutung entlasten kann.

#### a. Vorsatz

Denn positiv kannte der T die Verunreinigung des Impfstoffes nicht. Vorsatz scheidet damit aus.

#### b. Fahrlässigkeit

Zu untersuchen bleibt nur ein Fahrlässigkeitsvorwurf. Fahrlässigkeit verlangt nach § 276 II BGB ein Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt. Eine Sorgfaltswidrigkeit kann nur angenommen werden, wenn den Tierarzt T die Pflicht treffen würde, den gelieferten Impfstoff auf seine fehlende Verunreinigung und Wirksamkeit zu untersuchen. Dies kann von einem Tierarzt aber nicht verlangt werden. Sein Pflichtenkreis und damit auch die diesbzgl. Sorgfaltspflichtenanforderungen ist enger gezogen. Denn sie richten sich auch am Zumutbaren aus. Eine eigene chemisch-bakteriologische Untersuchung würde die von einem Arzt erwartbaren Handlungen bei weitem überziehen. Sie würde letztlich auch die Haftungsverteilung zwischen Abnehmer und Hersteller verzerren. Sie wäre außerdem in den meisten Fällen für einen Arzt aus technischen Gründen gar nicht möglich. Deshalb ist nicht von einem Vertretenmüssen des T gem. § 276 II BG auszugehen.

#### c. Zurechnung des Herstellerverschuldens nach § 278 BGB

Zu hinterfragen bleibt allein, ob dem T ein mögliches Herstellerverschulden gem. § 278 BGB zugerechnet werden könnte. Dann müsste der Hersteller V bei der Produktion des Impfstoffs im Pflichtenkreis des T bei der Erfüllung der ihm gegenüber G obliegenden Aufgaben gehandelt haben. Dies ist nicht der Fall, da der Hersteller jenseits einer hier nicht vorliegenden Spezialanfertigung generell nicht im Pflichtenkreis des Werkunternehmers<sup>2</sup> tätig wird.

### II. Ergebnis:

Der G hat gegen T keinen Anspruch auf Schadensersatz wegen Pflichtverletzung aus dem Werkvertrag nach §§ 634 Nr. 4, 280 I BGB:

---

<sup>2</sup> RGZ 101, 158; BGH NJW 2002, 1565 – für den Zulieferer beim Werkvertrag.

**B. G könnte gegen T evtl. einen deliktischen Anspruch auf Schadensersatz i. H. v. 5.500,00 Euro wegen Eigentumsverletzung nach § 823 I BGB haben.**

## **I. Anspruch entstanden**

Notwendig dafür wäre, dass T das Eigentum des G als absolutes Rechtsgut, das von § 823 I BGB geschützt wird, rechtswidrig und schuldhaft verletzt hätte.

### **1. Eigentumsverletzung**

Das Impfen der Tiere führte zu ihrem Verenden. Damit wurde Eigentum des G in Form einer sog. Substanzbeschädigung verletzt.

### **2. Verletzungshandlung**

Als Verletzungshandlung kommt jede nachteilige Beeinträchtigung eines der in § 823 I BGB genannten Rechtsgüter und Rechte in Betracht. Sie kann in einem positiven Tun oder in einem Unterlassen liegen. T hatte vorliegend die Impfung aktiv vorgenommen. Somit wurde die Eigentumsverletzung durch ihn mittels eines positiven Tuns herbeigeführt. Die Verletzungshandlung ist daher zu bejahen.

### **3. Haftungsbegründende Kausalität**

Notwendig ist ferner das Vorliegen der haftungsbegründenden Kausalität. Das ist der Ursachenzusammenhang zwischen Rechtsgutsverletzung und Verletzungshandlung. Vorliegend ist das Tun nicht hinwegzudenken, ohne dass die Rechtsgutsverletzung in ihrer konkreten Gestalt entfielen. Sie ist damit „conditio sine qua non“. I. Ü. liegt es auch nicht außerhalb jeglicher Lebenserfahrung, dass das Impfen mit Impferum eine Beeinträchtigung bei geimpften Tieren herbeiführt. Damit ist auch die haftungsbegründende Kausalität zu bejahen.

### **4. Rechtswidrigkeit**

Die Eigentumsbeeinträchtigung müsste auch rechtswidrig gewesen sein. Die Rechtswidrigkeit ist beim Fehlen von Rechtfertigungsgründen unabhängig vom Streit zwischen der Lehre vom Handlungs- und Erfolgsunrecht in vorliegendem Fall zu bejahen.

### **5. Schaden**

Ein Schaden ist i. H. v. 5.500,00 Euro eingetreten.

### **6. Haftungsausfüllende Kausalität**

Die haftungsausfüllende Kausalität, als Ursachenzusammenhang zwischen Rechtsgutsverletzung und Schaden, ist anzunehmen.

### **7. Verschulden**

§ 823 I BGB verlangt jedoch auch, dass der Schädiger die Rechtsgutsverletzung, die zum Schaden führte, schuldhaft herbeigeführt hat. Nur dann ist er zum Schadensersatz verpflichtet. Dabei würde Vorsatz oder Fahrlässigkeit im Sinne von § 276 II BGB den Verschuldensvorwurf auslösen. Wie jedoch

bereits geprüft (s.o.), kann dem T vorliegend weder der Vorwurf von Vorsatz noch von Fahrlässigkeit gemacht werden. Ein Verschulden ist daher zu verneinen.

## II. Ergebnis:

Der G hat gegen T auch keinen deliktischen Schadensersatzanspruch aus § 823 I BGB.

### C. In Frage käme noch ein Anspruch des G gegen T auf Schadensersatz i. H. v. 5.500 Euro aus Produkthaftung gem. § 1 I ProdHaftG.

Ein solcher Anspruch ist aber schon deshalb nicht durchgreifend, weil T nicht als Hersteller im Sinne von § 4 ProdHaftG anzusehen ist. Hersteller ist vorliegend vielmehr der V. Selbst der Lieferant des Produkts ist nach § 4 III ProdHaftG nur dann als Hersteller zu qualifizieren, wenn der wahre Hersteller (hier der V) nicht feststellbar ist. Nach dem Sachverhalt steht der V als Hersteller aber fest. Somit scheitert ein Anspruch aus § 1 I ProdHaftG gegen T.

Teil 2: Schadensersatzansprüche des G gegen den Hersteller V

### A. G könnte gegen den Hersteller V des Impferserums einen Anspruch auf Schadensersatz i. H. v. 5.500,00 Euro wegen seiner notgeschlachteten Hühner aus einem Garantievertrag gem. §§ 311 I, 241 I, 443 I BGB haben.

#### I. Anspruch entstanden?

Dafür müsste ein Garantievertrag zwischen G und V geschlossen worden sein. I.Ü. müsste dieser bei einer Pflichtverletzung einen Schaden vorsehen.

##### 1. Ausdrückliche Einigung über den Garantievertrag

G und V haben sich jedenfalls nicht ausdrücklich über einen Garantievertrag, d. h. über einen Vertrag mit dem Inhalt, dass V als Hersteller die Garantie für das Funktionieren seiner Produkte übernimmt, geeinigt. Denn beide hatten unmittelbar schon keine Erklärungen ausgetauscht.

##### 2. Konkludente Einigung über den Garantievertrag

Zu hinterfragen ist jedoch, ob sich G und V nicht evtl. konkludent über einen Garantievertrag verständigt haben. Dies könnte deshalb der Fall sein, weil sich Hersteller oft durch Werbeerklärungen, Warenbeschreibungen, Ausstattung der Ware als Marke, Verwendung etwaiger Gütezeichen unmittelbar an den Endabnehmer wenden und somit theoretisch auch konkludent einen Antrag zum Abschluss eines Garantievertrages abgeben könnte, den der jeweilige Endverbraucher konkludent annimmt.

## a. Normalfall

Im Normalfall sind solche Anpreisungen des Herstellers bzgl. seiner Ware jedoch nicht als rechtsgeschäftliche Garantieerklärungen zu deuten. Denn es fehlt auch vom Standpunkt des objektiven Empfängerhorizonts (§§ 133, 157 BGB) am notwendigen Rechtsbindungswillen.<sup>3</sup> Eine andere Entscheidung in diesem Punkt liefe auf eine reine Fiktion eines Parteiwillens hinaus.<sup>4</sup>

## b. Ausnahme: Garantiekarte

Einen Erklärungsgehalt könnte man Anpreisungen des Herstellers bzgl. seiner Ware nur dann beimessen, wenn der Hersteller z.B. in Form einer Garantiekarte den Abschluss eines Garantievertrages deutlich anbietet. Jedoch sind derartige Garantieverprechen häufig nur auf Reparatur und Neulieferung der Ware ausgerichtet, nicht jedoch auf den Ersatz etwaiger durch sie herbeigeführter (Mangel-)Folgeschäden.

## c. Zwischenergebnis:

Im vorliegenden Fall sind keine Anhaltspunkte für eine Garantieerklärung, die auf Schadensersatz gerichtet ist, zu erkennen.

## II. Ergebnis:

Mangels von zum Vertragsschluss führenden Erklärungen, haftet der V dem G nicht auf Schadensersatz wegen des Verendens der Hühner aus einem Garantievertrag.

**B. G könnte gegen V jedoch einen Anspruch auf Schadensersatz für seine Hühner i. H. v. 5.500,00 Euro aus einem Kaufvertrag (§§ 437 Nr. 3, 280 I BGB) i. V. m. den Grundsätzen des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter haben**

### I. Anspruch entstanden?

Denkbar ist es, dass G einen Schadensersatzanspruch aus einem Kaufvertrag zwischen V und T hat. Dies ist allerdings nur dann der Fall, wenn er in die Schutzwirkung des Kaufvertrags über den Impfstoff zwischen V und T derart einbezogen wurde, dass ihm (so wie ein Vertragspartner) aus dem Kaufvertrag bei Pflichtverletzung in Folge eines Mangels und darauf beruhenden Schadens auch ein eigener Schadensersatzanspruch zusteht.

#### 1. Schadensersatzanspruch des T gegen V nach §§ 437 Nr. 3, 280 I BGB

Wegen des verunreinigten Impfstoffs hätte der Käufer T gegen den V potentiell Schadensersatzansprüche nach §§ 437 Nr. 3, 280 I BGB. Problematisch ist hier nur der Schaden des T, weil T – wie geprüft – gegenüber G nicht haftete und daher keinen Haftungsschaden vorweisen kann. Der Schaden kann vorliegend allenfalls nach normativen Kriterien (Impfstoff ist weniger Wert als der Kaufpreis, weil verunreinigt) bejaht werden. Unabhängig von diesem Problem und des evtl. nicht

<sup>3</sup> Beachten Sie bitte: Werbeaussagen kommt aber nach § 434 I S. 3 BGB Bedeutung für die Beschaffenheitsbestimmung des Produkts zu.

<sup>4</sup> BGHZ 48, 122 ff.

leicht zu führenden Beweises bzgl. des Herstellerverschuldens, ist aber das Merkmal der Einbeziehung in den fremden Vertrag höchst hinterfragenswert.

## **2. Einbeziehung des G in die Schutzwirkung des Kaufvertrags zwischen V und T?**

In die Schutzwirkung eines fremden Vertrages einbezogen, dergestalt, dass sie bei schuldhafter Pflichtverletzung wie ein Vertragspartner eigene Schadensersatzansprüche geltend machen kann, ist eine dritte Person nur ganz ausnahmsweise. Das hat damit zu tun, dass sich ansonsten der Haftungskreis des Schädigers unübersehbar ausweiten würde. Die Rechtsprechung hat für diese Einbeziehung vier Kriterien herausgearbeitet:

### **a. Leistungsnähe**

Es müsste zunächst eine sog. Leistungsnähe bestehen. Das ist dann der Fall, wenn der Dritte (hier G) in gleicher Weise wie der eigentliche Gläubiger der (verletzten) Vertragspflicht (hier T) mit den Gefahren der mangelhaften Leistung durch den Schuldner (hier V) in Kontakt kommt. Die Leistungsnähe ist hier noch zu bejahen. Denn beim Kauf von verunreinigtem Impfstoff durch den Tierarzt kommt typischerweise auch der Eigentümer der Tiere mit dem Impfstoff in Berührung, wenn seine Tiere damit geimpft werden.

### **b. Gläubigernähe/Gläubigerinteresse**

Ferner ist es für die Anerkennung der Einbeziehung des Dritten in die Schutzwirkung eines fremden Vertrages (hier des Kaufvertrags zwischen V und T) notwendig, dass die Gläubigernähe bzw. das Gläubigerinteresse bejaht wird. Der BGH hatte dieses Merkmal herausgebildet, um klarzustellen, dass der Gläubiger der verletzten Pflicht ein Interesse an der Einbeziehung des Dritten in die Schutzwirkung seines Vertrages haben muss. Dies wurde zunächst nur dann bejaht, wenn der Gläubiger selbst bzgl. des „Wohl und Wehes“<sup>5</sup> des Dritten einzustehen hatte (etwa weil er Arbeitgeber des Dritten oder Verwandter ist). Später wurden noch andere Fallgruppen bzgl. des Einbeziehungsinteresses anerkannt, die etwa auf die eigene vertragliche Einstandspflicht gemünzt sind. Vorliegend bestand aber eine solche Einstandspflicht zwischen G und T (mangels Verschuldens des T) gerade nicht. Unabhängig von dem Nichtvorliegen dieses Kriteriums (das evtl. noch diskutabel ist) fehlt es aber auch an einer weiteren Voraussetzung der Einbeziehung.

### **c. Erkennbarkeit**

Denn es hätte hier auch an der notwendigen Erkennbarkeit seitens des Schuldners gemangelt, dass der Dritte dem Gläubiger nahe steht und deshalb in die Schutzwirkung des Vertrages (zwischen dem eigentlichen Gläubiger und ihm) einbezogen sein soll. V wusste nicht, welcher Personenkreis letztlich Endabnehmer seines Serums sein sollte.

### **d. Schutzbedürftigkeit des Dritten**

Auf das vierte Merkmal, die Schutzbedürftigkeit des Dritten, die immer dann gegeben ist, wenn der Dritte keine eigenen vertraglichen Ansprüche gegen den Schuldner hat, muss deshalb nicht mehr eingegangen werden.

---

<sup>5</sup> BGHZ 51, 96 ff.

## II. Ergebnis:

G hat somit gegen Hersteller V auch keinen Anspruch auf Schadensersatz aus einem Kaufvertrag zwischen V und T, der für ihn eine Schutzwirkung (mit-)entfaltet.

### **C. Zu prüfen ist ferner, ob G gegen Hersteller V wegen der Hühner Anspruch auf Schadensersatz i. H. v. 5.500 Euro nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation hätte**

Es wäre vorliegend denkbar, dem G einen Anspruch auf Abtretung der Ansprüche des T gegen V unter dem Gesichtspunkt der Drittschadensliquidation einzuräumen. Ein derartiger Anspruch scheidet hier allerdings schon nach einer Grobprüfung aus. Der Grund dafür ist, dass es an einer anerkannten (von der Rechtsprechung herausgebildeten Fallgruppe) der Drittschadensliquidation mangelt. Darüber hinaus ist es auch nicht zu der für die DSL notwendigen zufälligen Schadensverlagerung gekommen. Denn bei Verwendung von verunreinigtem Impfstoff liegt der Schaden typischerweise beim Endverbraucher.

### **D. Hinterfragenswert ist ferner, ob dem G gegen Hersteller V wegen der Hühner evtl. ein Schadensersatzanspruch aus quasivertraglicher Haftung im Sinne von cic (§§ 280 I, 311 II, III oder aus § 122 BGB) zustehen könnte.**

In der Literatur wird manchmal der Versuch unternommen, eine Haftung des Herstellers wegen eines Produktfehlers aus sozialem Kontakt, aus den Regelungen zur cic (§§ 311 II, III, 280 I) oder aus § 122 BGB analog abzuleiten. All dies sind Versuche, die Herstellerhaftung durch ein vertragsähnliches Schuldverhältnis zu begründen.<sup>6</sup>

Die h. M. lehnt eine solche Haftungskonstruktion jedoch (wohl zu Recht) ab. Dies hat zwei Gründe: Zum einen würde dadurch die vom Gesetz bewusst gezogene Grenze zwischen Vertrags- und Deliktsrecht verwischt. Zum anderen bedarf es dieser Konstruktion auch gar nicht, da die Regelungen des Deliktsrechts zur Herstellerhaftung dem Geschädigten genügend Schutz bieten.

Insofern ist auch ein Anspruch des G gegen V auf Schadensersatz aus einem quasivertraglichen Schuldverhältnis zu verneinen.

(Die Gegenansicht mit guter Begründung aber vertretbar; jedoch muss sich dann mit der h. M. genügend auseinandergesetzt werden.)

### **E. G könnte aber einen Anspruch auf Schadensersatz i. H. v. 5.500,00 Euro gegen V aus Produzentenhaftung gem. § 823 I BGB wegen einer Eigentumsverletzung bzgl. seiner Hühner haben.**

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu etwa Canaris JZ 1986, 494.



## I. Anspruch entstanden?

Voraussetzung dafür ist, dass der Hersteller V des Impferserums ein Rechtsgut/Recht des G gem. § 823 I BGB rechtswidrig schuldhaft und schadensstiftend durch die Produktion und das Inverkehrbringen des verunreinigten, infektiösen Impfstoff verletzt hat.

(Vorprüfung zur Anwendbarkeit: Die §§ 823 ff. BGB sind gem. § 15 II ProdHaftG uneingeschränkt auch neben evtl. Ansprüchen auf Schadensersatz aus § 1 I ProdHaftG anwendbar.)

### 1. Rechtsgutsverletzung

Nach § 823 I BGB haftet der Schädiger dem Geschädigten bei einer Verletzung der dort aufgezählten absoluten Rechtsgüter oder einer Verletzung eines ihnen gleichgestellten Rechts.

Als verletztes Rechtsgut kommt hier das Eigentum (an den Hühnern) in Betracht. Denn die Hühner wurden durch den gespritzten Impfstoff des Herstellers V krank und verendeten bzw. mussten notgeschlachtet werden. Insofern liegt eine Eigentumsverletzung vor.

Über das von § 823 I BGB mitgeschützte „sonstige Recht“ könnte auch ein Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (der eine Untergruppe des sonstigen Rechts ist) in Betracht kommen. Hierbei handelt es sich jedoch nur um ein Auffangrecht, das subsidiär anwendbar ist, falls kein sonstiges Rechtsgut verletzt wäre. Hier liegt aber bereits eine Eigentumsverletzung vor, diese verdrängt den Auffangtatbestand.

### 2. Verletzungshandlung

V müsste eine Verletzungshandlung begangen haben. Als Verletzungshandlung kommt jede nachteilige Beeinträchtigung eines der in § 823 I BGB genannten Rechte oder der dortigen Rechtsgüter in Betracht. Die Rechtsgutsverletzung kann in einem positiven Tun oder in einem Unterlassen bestehen.

#### a. Aktives Tun

Der Hersteller V hat es hier – im Hinblick auf den Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit seines Tuns – unterlassen, den produzierten Impfstoff vor der Ausgabe auf mögliche Verunreinigungen zu kontrollieren. Insofern könnte eine Verletzungshandlung vorliegen.

Jedoch ist nicht jedes Unterlassen von rechtlicher Relevanz. Grundsätzlich kommt einer Person nämlich keine Verpflichtung zu, andere (auch in Bezug mit dem Umgang von Produkten) vor einer Selbstgefährdung zu schützen.

#### b. Unterlassen

##### aa. Fallgruppen

Das Unterlassen ist jedoch dann dem positiven Tun gleichzustellen (so dass eine Verletzungshandlung zu bejahen ist), wenn eine Pflicht zum aktiven Tun bestand. Diese kann sich aus unterschiedlichen

Anlässen ableiten. Hierzu gehört eine Garantenstellung für das Ausbleiben des Schadenserfolgs aus vorangegangenem gefährlichen Tun („Ingerenz“), aus vertraglicher Übernahme oder gesetzlicher Verpflichtung (z. B. bei einem Polizisten).

## **bb. Speziell bei Produzentenhaftung: „Verkehrssicherungspflicht des Herstellers“**

Möglich ist die Herleitung von Handlungspflichten aber auch dann, wenn jmd. Verkehrssicherungspflichten zu erfüllen hat. Denn Handlungspflichten können sich beim Hersteller eines Produkts aus der Produktion desselben und einer späteren „Verkehrseröffnung“ ableiten. In der Rechtsprechung und der Literatur ist insofern anerkannt, dass den Hersteller (hier V) die Pflicht trifft, dafür Sorge zu tragen, dass seine Produkte einwandfrei sind und nur so in den Verkehr gelangen. Genau genommen umfasst die Verkehrssicherungspflicht des Herstellers mehrere Komponenten.

### **(1). Pflicht zur Vermeidung eines Konstruktionsfehlers**

Zunächst hat der Hersteller eines Produkts die Pflicht, das Produkt ordnungsgemäß zu konstruieren. Die Konstruktion muss also so beschaffen sein, dass aus ihr (wenn eine Umsetzung erfolgt) keine Gefahren für die Abnehmer hervorgehen.<sup>7</sup> Dabei hat der Hersteller auch die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen. Hat der Hersteller das nicht getan, liegt ein sog. *Konstruktionsfehler* vor.

### **(2). Pflicht zur Vermeidung eines Fabrikationsfehlers**

Der Hersteller ist im Rahmen seiner Verkehrssicherungspflicht weiter gehalten, einen *Fabrikationsfehler* zu vermeiden. Ein Fabrikationsfehler ist dann gegeben, wenn das Produkt zwar entsprechend dem Stand der Wissenschaft und Technik entwickelt wurde. Es aber (infolge eines personellen oder maschinellen Versagens) dennoch fehlerhaft ist, weil sich Fehler im Produktionsprozess, d. h. bei der Umsetzung des Konstruktionsplans eingeschlichen haben.<sup>8</sup>

### **(3). Pflicht zur Vermeidung eines Instruktionsfehlers**

Vermeiden muss der Hersteller eines Produkts im Rahmen der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflichten aber auch einen *Instruktionsfehler*. Ein Instruktionsfehler ist dann gegeben, wenn zwar Konstruktion und Fabrikation einwandfrei sind, der Hersteller aber den Endverbraucher nicht ausreichend vor gefahrbringenden Eigenschaften des Produkts gewarnt hat. Das kann z. B. dann der Fall sein, wenn die Gebrauchsanweisung oder die Produktverpackung, auf der üblicherweise Hinweise stehen, nicht ausreichend ist.<sup>9</sup>

### **(4). Pflicht zur Vermeidung eines Produktbeobachtungsfehlers**

Schlussendlich trifft den Hersteller im Rahmen der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht auch die Obliegenheit zur Vermeidung von sog. *Produktbeobachtungsfehlern*. Insofern hat der Hersteller dafür Sorge zu tragen, dass seine Produkte auch nach dem Inverkehrbringen auf – auch noch nicht bekannte – schädliche Eigenschaften hin beobachtet werden. Er hat ferner über sonstige, eine

---

<sup>7</sup> RGZ 163, 21: Konstruktionsfehler einer Bremsanlage bei einer Pkw-Serie; BGH NJW 1977, 379: Schwimmschalter in einer Serie defekt.

<sup>8</sup> BGH NJW 1969, 269: Hühnerpest.

<sup>9</sup> BGH NJW 1987, 372; 1987, 1009: Honda; BGH NJW 1992, 560: Milupa I; BGH NJW 1994, 932: Milupa II.

Gefahrenlage schaffende Verwendungsfolgen zu informieren. Die Produktbeobachtungspflicht des Herstellers geht nach der Rechtsprechung sogar so weit, dass der Hersteller auch die Produktentwicklung der (üblichen) Konkurrenz im Auge behalten muss, um risikomindernde Neuerungen ggf. zu adaptieren und vor sich daraus evtl. entwickelnden Wechselwirkungen mit anderen Produkten zu warnen, sofern sie nicht von vornherein zumutbar unterbunden werden können.

## **(5). Zum Fall**

Im vorliegenden Fall hat V einen Impfstoff auf den Markt gebracht, der bezogen auf die Konstruktion zwar nicht dem allerneuesten Stand der Wissenschaft und Technik entsprach, der jedoch grds. noch nicht als beanstandenswert erachtet werden kann. Ein Konstruktionsfehler ist somit zu verneinen. Laut dem Sachverständigen trat die Verunreinigung des Impfstoffs erst im Fabrikationsprozess auf – höchstwahrscheinlich beim manuellen Abfüllen der Ampullen. Insofern handelt es sich vorliegend um einen *Fabrikationsfehler*. Im Zwischenergebnis bleibt daher festzuhalten, dass Hersteller V eine Verkehrssicherungspflicht verletzt hat, was dazu führt, dass seinerseits eine Verletzungshandlung gem. § 823 I BGB zu bejahen ist.

## **3. Haftungsbegründende Kausalität**

Die haftungsbegründende Kausalität, die den Ursachenzusammenhang zwischen Rechtsgutsverletzung und Verletzungshandlung markiert, ist vorliegend zu bejahen. Denn der Fabrikationsfehler kann nicht hinweggedacht werden, ohne dass der Erfolg entfielen (conditio sine qua non). Auch liegt es nicht außerhalb jeder Lebenserfahrung, dass ein Fabrikationsfehler eines Produkts zu einer Eigentumsverletzung beim Endproduktabnehmer führt.

## **4. Rechtswidrigkeit**

Gegeben ist auch die Rechtswidrigkeit, da Rechtfertigungsgründe fehlen, und zwar unabhängig davon, ob man auf das Erfolgs- oder Handlungsunrecht abstellt.

## **5. Schaden**

Zu bejahen ist weiter der für den Schadensersatzanspruch notwendige Schaden seitens des Anspruchstellers. Denn Bauer B hatte hier den Verlust von Hühnern zu beklagen, die letztlich eine Vermögenseinbuße von 5.500,00 Euro ausmachten.

## **6. Haftungsausfüllende Kausalität**

Nicht in Abrede zu stellen ist überdies der Ursachenzusammenhang zwischen Rechtsgutsverletzung und eingetretenem Schaden. Gerade das Verenden der Hühner führte nämlich bei G zu einem Vermögensnachteil in der geltend gemachten Höhe.

## **7. Verschulden**

Notwendig ist gem. § 823 I BGB aber auch ein Verschulden des Schädigers. § 823 I BGB drückt das so aus, dass die zum Schaden führende Rechtsgutsverletzung vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt worden sein muss. An einer vorsätzlichen Schadenszufügung ist hier nicht zu denken.

Möglich ist aber evtl. ein Fahrlässigkeitsvorwurf im Sinne von § 276 II BGB – im Sinne der Außerachtlassung der verkehrsüblichen Sorgfalt.

## a. Allgemeine Grundsätze bei der Produzentenhaftung

Da der Geschädigte im Fall eines Anspruchs aus Produzentenhaftung wegen der fehlenden Einsehbarkeit in die Sphäre des Herstellers das Verschulden (das er eigentlich nach § 823 I BGB beweisen muss) schlecht unter Beweis stellen kann, kommt ihm die Rechtsprechung mit besonderen Beweislastgrundsätzen entgegen. So muss der Geschädigte bei einem Konstruktions-, aber auch bei einem Fabrikationsfehler lediglich die Fehlerhaftigkeit des Produkts zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens darlegen und beweisen. In beiden Fällen kann sich der Hersteller damit entlasten, dass er nachweist, dass keine objektive Pflichtverletzung vorliegt, oder dass er an ihr kein Verschulden trägt. Das Wichtige hieran ist, dass den Hersteller der Entlastungsbeweis bzgl. des Verschuldens bei Vorliegen eines Fehlers trifft.

Beim Fabrikationsfehler kann der Hersteller sich dadurch entlasten, dass er den *Ausreißereinwand* bringt. Dann müsste er vortragen und unter Beweis stellen, dass der Fehler aufgetreten ist, obgleich er als Hersteller alles zur Beachtung der notwendigen Sorgfalt Erforderliche getan habe.<sup>10</sup>

Etwas Ähnliches (d. h. Umkehr der Beweislast) gilt auch bzgl. der Instruktions- und Produktbeobachtungsfehler. Auch hier hat in einem ersten Schritt der Anspruchsteller die objektive Pflichtverletzung des Herstellers und die haftungsbegründende Kausalität zu beweisen, es sei denn, die gefährliche Beschaffenheit des Produkts war ihm von Anfang an erkennbar.<sup>11</sup> In einem zweiten Schritt muss sich der Hersteller dann entlasten.

## b. Zum Fall:

Der Fabrikationsfehler wurde durch das Gutachten „an“bewiesen. V hat nicht darlegen können, dass die Verunreinigung der Ampullen nicht aus seinem Organisations- und Gefahrenbereich stammt. Insofern als ein Fabrikationsfehler zu unterstellen ist, muss sich V auch hinsichtlich der modifizierten Beweislastgrundsätze der Produzentenhaftung hinsichtlich des Verschuldensvorwurfs entlasten. Das könnte er potentiell, indem er den Ausreißereinwand bringt, für einen Ausreißer würde V nur gem. § 831 BGB haften.

### aa. Grundsätzliches zum Ausreißereinwand

Die Entlastung mit dem Hinweis auf einen Ausreißer bei der Fabrikation ist jedoch nur dann anzuerkennen, wenn adäquate Kontrollen von Arbeitern, Geräten, Abläufen und Endprodukten nachgewiesen werden, und gleichwohl ein fehlerhaftes Produkt hergestellt wurde, siehe § 831 I S. 2 BGB. Der Entlastungsbeweis, der auf der Grundlage des § 831 I S. 2 BGB geführt wird, setzt dann voraus, dass der Hersteller im Detail nachweist, welcher individuell zu benennende Angestellte oder Arbeiter den „Ausreißer“ verursacht hat und dass er als Hersteller diesen Arbeitnehmer an sich ordnungsgemäß ausgesucht und überwacht hat. Gelingt dieser Nachweis nicht, hat sich der

---

<sup>10</sup> BGH WM 1996, 1638.

<sup>11</sup> BGH NJW 1981, 1605; BGH NJW 1992, 560: Milupa I; OLG Hamm VersR 2002, 312.

Hersteller bzgl. aller Mitarbeiter zu entlasten, die möglicherweise den Ausreißer verursacht haben könnten.<sup>12</sup>

## **bb. Ausreißerweinwand im Fall?**

Vorliegend kann nur nachgewiesen werden, dass der Hersteller V den Produktionsleiter L sorgfältig ausgesucht und überwacht hat. Dieser Umstand genügt jedoch nicht den Anforderungen, die an den Entlastungsbeweis hinsichtlich eines Ausreißers von der Rechtsprechung gestellt werden.

## **cc. Zwischenergebnis:**

Damit ist ein Verschulden des Herstellers zu bejahen.

## **8. Umfang des ersatzfähigen Schadens (§§ 249 ff. BGB)**

Da der Anspruch auf Schadensersatz nach § 823 I BGB aus Produzentenhaftung damit dem Grunde nach eröffnet ist, bleibt nur der Umfang des ersatzfähigen Schadens zu hinterfragen.

### **a. Grundsatz: §§ 249 ff. BGB**

Der Umfang des Schadensersatzanspruches richtet sich nach §§ 249 ff. BGB. Auf der Grundlage der Differenzhypothese ist der G so zu stellen, wie er ohne das schädigende Ereignis stehen würde. G hätte dann keine verendeten/notgeschlachteten Hühner, die eingetretene Vermögenseinbuße von 5.500,00 Euro wäre ausgeblieben. Grundsätzlich schuldet der Schädiger Naturalrestitution i. S. v. § 249 I BGB.

### **b. Zum Fall**

Da eine Naturalrestitution (Wiederherstellung des tatsächlichen früheren Zustands – hier: gesunde/lebende Hühner) jedoch aufgrund des Todes der Hühner nicht möglich ist, ist V gehalten, eine Entschädigung in Geld zu leisten, § 251 I BGB.

Es ist davon auszugehen, dass dies die geltend gemachten 5.500,00 Euro sind. Da seitens des Geschädigten keine Anlässe gegeben wurden, über eine Haftungsbeschränkung (etwa aufgrund eines Mitverschuldens) nachzudenken, kann G von V diesen Betrag als materiellen Schaden verlangen.

## **9. Anspruchsgegner ist Hersteller**

Der Anspruch auf Schadensersatz muss sich bei der Produzentenhaftung nach § 823 I BGB auch gegen den Produzenten richten. Ersatzpflichtig, weil „Hersteller“ ist derjenige, dem die verletzte Verkehrssicherungspflicht obliegt. Das richtet sich nach Art und Umfang seiner Mitwirkung am Inverkehrbringen des Produkts. Jedenfalls ist das der tatsächliche Hersteller des fehlerhaften End- oder Teilprodukts.

---

<sup>12</sup> BGH NJW 1973, 1602 – Feuerwerkskörperfall.

## II. Anspruch untergegangen?

Untergangsgründe für den Schadensersatzanspruch sind nicht ersichtlich.

## III. Anspruch durchsetzbar?

Da dem Anspruch keine Einreden des Anspruchsgegners entgegenstehen, ist der Anspruch auch durchsetzbar. Insbesondere wurde nicht die Einrede der Verjährung geltend gemacht.

## IV. Ergebnis

G hat gegen Hersteller V einen Anspruch auf Schadensersatz i. H. v. 5.500,00 Euro aus Produzentenhaftung gem. § 823 I BGB.

**F. Zu denken wäre neben einem normalen deliktischen Schadensersatzanspruch aus Produzentenhaftung nach § 823 I BGB (s.o.) auch an einen Anspruch des G gegen Hersteller V auf Schadensersatz nach § 823 II BGB i. V. m. § 6 AMG**

### I. Anspruch entstanden

Voraussetzung dafür wäre, dass der Hersteller V durch die Produktion und das Inverkehrbringen des verunreinigten Hühnerimpfstoffs ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 II BGB verletzt hat. Als ein solches könnte evtl. § 6 AMG angesehen werden.

#### 1. Schutzgesetz

Ob der Anspruch besteht, hängt vorliegend maßgeblich davon ab, was man unter einem Schutzgesetz im Sinne des § 823 II BGB versteht. Ein Schutzgesetz ist danach jede Rechtsnorm gem. Art. 2 EGBGB, die einen Schutzzweckcharakter in sich trägt. Dieser Charakter ist zu bejahen, wenn die betreffende Rechtsnorm nicht nur den Schutz der Allgemeinheit, sondern auch den Individualschutz (d. h. den Schutz des einzelnen – hier Verletzten) bezweckt. Da § 6 AMG gerade die Individualperson schützen will, ist diese Vorschrift ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 II BGB.<sup>13</sup>

#### 2. Verletzung des Schutzgesetzes

Der Hersteller V müsste das Schutzgesetz (hier § 6 AMG) auch verletzt haben. § 6 AMG verbietet es, verunreinigten Impfstoff auf den Markt zu bringen. Da V gegen das Verbot (wenngleich fahrlässig) verstoßen hat, ist eine objektive Schutzgesetzverletzung zu bejahen.

#### 3. Rechtswidrigkeit

Die Rechtswidrigkeit ist mangels des Vorliegens von Rechtfertigungsgründen zu bejahen.

---

<sup>13</sup> So auch BGH NJW 1991, 2351.

## 4. Verschulden

Nach § 6 AMG haftet der Schädiger aber auch nur, wenn ihn ein Verschulden (Vorsatz oder Fahrlässigkeit im Sinne von § 276 BGB trifft). Im Vorliegenden Fall ist das Verschulden zu bejahen, weil § 6 AMG eine Verschuldensvermutung postuliert, die nur dann widerlegt werden kann, wenn sich der Hersteller bzgl. jeder möglichen Verletzungsursache, die in seiner Sphäre liegt, entlasten kann.<sup>14</sup>

## 5. Schaden

Der für den Schadensersatz nach § 823 II BGB i. V. m. § 6 AMG notwendige Schaden ist mit dem Vermögensnachteil des G i. H. v. 5.500,00 Euro gegeben.

## 6. Umfang des Schadensersatzes

Der Umfang des Schadensersatzes bemisst sich wieder nach §§ 249 ff. BGB. Insofern gilt das unter E. Gesagte. V ist zur Entschädigung i. H. d. Wiederbeschaffungspreises verpflichtet.

## II. Ergebnis:

G hat auch aus § 823 II BGB i. V. m. § 6 AMG einen Schadensersatzanspruch gegen Hersteller V.

### **G. G könnte gegen Hersteller V ferner einen Schadensersatzanspruch wegen der Hühner i. H. v. 5.500,00 Euro aus § 831 BGB haben.**

§ 831 BGB ist die deliktische Schadensersatznorm, nach der der Geschäftsherr für das schadhafte Verhalten seines Verrichtungsgehilfen einzustehen hat. Zu denken wäre an diese Anspruchsgrundlage deshalb, weil der Hersteller V Personen bei der Abfüllung der Ampullen eingesetzt hat. Diese könnten als Verrichtungsgehilfen für V fungiert haben. Die Arbeitnehmer des V erfüllen tatsächlich Verrichtungsgehilfeneigenschaft, da sie vom Geschäftsherrn zur Erfüllung seiner Pflichten weisungsgebunden eingesetzt werden. Jedoch hatte V nach dem Sachverhalt angeboten, den Entlastungsbeweis nach § 831 I S. 2 BGB zu führen. Ein Anspruch aus § 831 I S. 2 BGB scheidet daher aus. Zu denken ist i. Ü. an ein Ausscheiden des § 831 I BGB als Anspruchsgrundlage, da schon ein Anspruch aus § 823 I, II BGB bejaht wurde und somit ein eigenes pflichtwidriges und schuldhaftes Verhalten des V (im Sinne eines Organisationsverschuldens) im Raum steht und nicht nur ein solches, dass an ein Auswahl- und Überwachungsfehler, das an das schadensstiftende Verhalten seiner Verrichtungsgehilfen anknüpft.<sup>15</sup>

### **H. G könnte gegen V aber einen Anspruch auf Schadensersatz gem. den Grundsätzen der Produkthaftung, d. h. nach § 1 I ProdHaftG haben.**

---

<sup>14</sup> BGHZ 51, 104.

<sup>15</sup> Das Verhältnis von § 831 zu § 823 BGB ist bei der Produzentenhaftung umstritten. Einige bejahen eine parallele Anwendbarkeit, andere lehnen sie ab. In jedem Fall kommt es aber bei § 831 BGB nicht zur Umkehr der Beweislast, wie bei der Produzentenhaftung im Rahmen des § 823 I BGB (Palandt/Heinrichs, 71. Aufl., 2012, § 823 Rn. 2).



## I. Anspruch entstanden

Voraussetzung für einen Anspruch auf Schadensersatz aus Produkthaftung nach § 1 I S. 1 ProdHaftG ist, dass der Hersteller eines fehlerhaften Produkts beim Anspruchsteller einen Schaden hervorgerufen hat, der auch vom Umfang her nach dem ProdHaftG erstattungsfähig ist. Es dürfen ferner keine Ausschlussgründe vorliegen.

(Das ProdHaftG ist zeitlich gem. §§ 16, 19 ProdHaftG anwendbar für Sachverhalte, in denen das Produkt nach dem 1.1.1990 in den Verkehr gebracht worden ist. Es ist i. Ü. ausweislich des § 15 II ProdHaftG neben anderen gesetzlichen oder vertraglichen Ersatzansprüchen anwendbar.)

### 1. Rechtsgutsverletzung

Es müsste ein Rechtsgut im Sinne des § 1 I S. 1 ProdHaftG verletzt worden sein. § 1 I S. 1 ProdHaftG schützt Leben, Körper, Gesundheit, aber auch Sachen des Anspruchstellers, d.h. sein Eigentum. Im letzten Fall muss jedoch eine andere Sache als das fehlerhafte Produkt betroffen sein. I. Ü. stellt § 1 I S. 2 ProdHaftG nur den Schaden an den privat genutzten Sachen als ersatzfähig hin (geschützt sind damit bzgl. von Sachschäden insbesondere Verbraucher). Vorliegend war keine Gesundheitsverletzung bei G zu verzeichnen, denn er wurde nicht geimpft, sondern seine Hühner. Die Hühner stellen gem. §§ 90, 90a BGB „Sachen“ dar, und zwar auch solche, die andere sind als das fehlerhafte Produkt (hier der Impfstoff). Allerdings wurden nur wenige der verendeten/notgeschlachteten Hühner von G privat genutzt. Hierzu zählten nur Hühner (mit bes. Merkmalen), die letztendlich 500 Euro ausmachten. Nur bzgl. dieser Hühner ist aber eine Rechtsgutsverletzung im Sinne von § 1 I ProdHaftG zu bejahen.

### 2. Rechtsgutsverletzung durch fehlerhaftes Produkt

Es müsste ferner durch ein fehlerhaftes Produkt des Anspruchsgegners zu einer Rechtsgutsverletzung gekommen sein.

#### a. Produkt

Fraglich ist, ob der Impfstoff als ein Produkt im Sinne des ProdHaftG anzusehen ist. Was man unter einem Produkt im Sinne des ProdHaftG versteht, wird von § 2 ProdHaftG festgelegt. Gem. der in dieser Vorschrift niedergelegten Legaldefinition versteht man unter einem Produkt jede bewegliche Sache, auch wenn sie einen Teil einer anderen beweglichen Sache oder einer unbeweglichen Sache darstellt, einschließlich Elektrizität. Selbst Naturprodukte sind (nach einer Gesetzesänderung) als Produkte gem. der Vorschrift zu bewerten, und zwar unabhängig davon, ob sie einer Verarbeitung zugeführt wurden oder nicht. Da der in der Ampulle abgefüllte Impfstoff eine bewegliche Sache darstellt, ist er als Produkt im Sinne des § 2 ProdHaftG zu werten.

#### b. Fehler

Das Produkt (hier der Impfstoff) müsste aber auch fehlerhaft im Sinne des ProdHaftG sein. Was ein Fehler ist, wird von § 3 ProdHaftG näher charakterisiert. Ein Fehler des Produkts ist danach dann gegeben, wenn das Produkt hinsichtlich seiner Konstruktion, Fabrikation oder beizufügender Instruktion nicht so beschaffen ist, dass es die körperliche Unversehrtheit/Eigentum des Benutzers oder Dritter nicht beeinträchtigt. Maßstab für die Bemessung der Fehlerhaftigkeit eines Produkts ist



gem. § 3 ProdHaftG die berechnete Verkehrserwartung des durchschnittlichen Benutzers<sup>16</sup>, und zwar hinsichtlich aller Umstände (Darbietung, Gebrauch, Zeitpunkt des Inverkehrbringens), § 3 I ProdHaftG. Ein Produkt ist jedoch nicht allein deshalb fehlerhaft, weil später ein verbessertes Produkt in den Verkehr gebracht wurde, § 3 II ProdHaftG.

Vorliegend ist von einem Produktfehler (hier Fabrikationsfehler) auszugehen, was schon der Sachverständige festgestellt hat.

## **c. Verletzungshandlung**

Das fehlerhafte Produkt führte bei G auch zu einer Verletzung seiner Sachen (Tiere).

## **d. Haftungsbegründende Kausalität**

Die haftungsbegründende Kausalität zwischen dem fehlerhaften Produkt und dem Verletzungserfolg ist zu bejahen.

## **3. Hersteller**

Verpflichteter im Sinne des ProdHaftG ist jedoch nur der Hersteller. Der Kreis des Herstellers wurde jedoch in § 4 ProdHaftG weit gezogen.

### **a. Hersteller im engeren Sinn**

Als Hersteller zu werten ist danach unproblematisch derjenige, der industriell oder handwerklich als Unternehmer (kein Unternehmer ist der bloße Mitarbeiter) das Endprodukt, einen Grundstoff oder ein Teilprodukt tatsächlich hergestellt hat, § 4 I S. 1 ProdHaftG.

### **b. Quasi-Hersteller**

Da der Gesetzgeber einen umfassenden Verbraucherschutz sicherstellen wollte, wurde in den Kreis der Hersteller gem. § 4 I S. 2 ProdHaftG auch der Quasi-Hersteller einbezogen. So bezeichnet man die Person, der sich als Hersteller (durch Anbringung eines Firmennamens, Labels etc.) ausgibt.<sup>17</sup>

### **c. Importeur**

Ferner wird vom Gesetzgeber auch derjenige als Hersteller angesehen, der das Produkt aus EWG-Drittstaaten importiert, § 4 II ProdHaftG. (Der Gesetzgeber hat den Herstellerbegriff hierauf ausgedehnt, weil der Endverbraucher vor Prozessen im Ausland – die für ihn schwierig zu „händeln“ sind – bewahrt werden sollte).

### **d. Lieferant (Auffangtatbestand)**

Im Sinne einer Auffangregelung ist schließlich auch der bloße Lieferant als Hersteller zu bewerten. Dies gilt jedoch nur unter zwei Einschränkungen: Es darf der wahre Hersteller bzw. Importeur nicht

<sup>16</sup> OLG Hamm NJW-RR 2001, 1248.

<sup>17</sup> Die Vorschrift ist weit auszulegen. Sie hat deshalb insbesondere Bewandnis für Versandhäuser und Handelsketten, die für sich in Billigläden herstellen lassen und das Produkt dann (unter eigenem Namen) als eigenes anbieten.

feststellbar sein und der Lieferant hat diesen auch nicht innerhalb eines Monats nach Zugang einer Benennungsaufforderung preisgegeben – so § 4 III ProdHaftG.

## **e. Zum Fall**

Nach den im Fall mitgeteilten Umständen ist V als Hersteller im engeren Sinne (d. h. nach § 4 I S. 1 ProdHaftG) zu werten.

## **4. Schaden**

Der Schadensersatzanspruch nach § 1 I ProdHaftG setzt inzident auch das Vorliegen eines Schadens (§§ 249 ff. BGB) beim Anspruchsteller voraus. Dieser kann hier mit den privat genutzten Hühnern bejaht werden, da diese infolge der Impfung eines Impfprodukts des V verendeten/notgeschlachtet wurden.

## **5. Haftungsausfüllende Kausalität**

Die haftungsausfüllende Kausalität zwischen Produktfehler und Schadenseintritt ist ebenfalls gegeben.

## **6. Kein Ausschluss der Haftung**

Die Haftung des Herstellers dürfte jedoch nicht gem. § 1 II oder III ProdHaftG ausgeschlossen sein. Insofern hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Anspruch ausgeschlossen ist,

- \* wenn das Produkt nicht willentlich vom Hersteller in den Verkehr gebracht worden ist, § 1 II Nr. 1 ProdHaftG,
- \* wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Produkt zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens noch nicht fehlerhaft war, § 1 II Nr. 2 ProdHaftG,
- \* wenn das Produkt nicht mit kommerziellem Zweck hergestellt oder vertrieben worden ist,
- \* wenn das Produkt zum Zeitpunkt der Herstellung den zwingenden Rechtsvorschriften entsprochen hat, § 1 II Nr. 4 ProdHaftG,
- \* wenn der Fehler zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens nach dem Stand der Wissenschaft und Technik nicht erkannt werden konnte, § 1 II Nr. 5 ProdHaftG
- \* oder, wenn sich der Hersteller eines Teilprodukts hinsichtlich eines Konstruktionsfehlers gem. § 1 III ProdHaftG entlasten kann.

All diese Ausschlussgründe greifen vorliegend nicht durch.

## **7. Zwischenergebnis:**

G hat deshalb gegen V dem Grunde nach auch einen Schadensersatzanspruch aus § 1 I ProdHaftG. Allerdings umfasst dieser nur den Schadensersatz bzgl. der privat genutzten Hühner.

## 8. Umfang des Schadensersatzes

Auf der Rechtsfolgende ist bzgl. des Umfangs des Schadensersatzes Folgendes herauszustellen:

G kann Schadensersatz bzgl. der privat genutzten Hühner gem. §§ 249 ff. BGB, §§ 6-11 ProdHaftG beanspruchen.

### a. Differenzhypothese

Insofern gilt auch hier grds. die Differenzhypothese nach §§ 249 ff. BGB: Auch das zum Ausschluss der Naturalrestitution bereits Gesagte gilt entsprechend.

### b. Selbstbeteiligung bei Sachschäden

Allerdings ist bei ersetzbaren Sachschäden (d. h. bei privat genutzten Sachen) noch die Selbstbeteiligung nach § 11 ProdHaftG zu beachten. Nach der Vorschrift kann der Geschädigte nur einen Schaden fordern, der über der Selbstbeteiligungsgrenze von 500 Euro liegt. Da der G bzgl. der privat genutzten Hühner keinen darüber hinaus liegenden Schaden hat, scheidet ein Ersatzanspruch aus Produkthaftung aus diesem Grunde aus.

(Zur Frage der evtl Verjährung des Anspruchs gem. § 12 ProdHaftG und des evtl. Erlöschens nach § 13 ProdHaftG) muss nicht mehr Stellung genommen werden.)

## II. Ergebnis:

Letztlich hat G gegen V keine Schadensersatzansprüche aus § 1 I ProdHaftG hinsichtlich des fehlerhaften Impfstoffs.

### Teil 3: Hinweise zur Bewertung

Die Aufgabenstellung war nur auf den ersten Blick leicht. Notwendig war es zu erkennen, dass Gewährleistungsansprüche aus dem Werkvertrag gegen den Tierarzt T mangels Verschuldens nicht durchgreifen. Ansonsten kam es lediglich auf das saubere Durchprüfen der Ansprüche aus § 823 und § 1 ProdHaftG an und hier waren doch „einige Klippen zu umschiffen“.

Zum guten Bestehen der Klausur wäre es nach den von mir vertretenen Bewertungsmaßstäben nicht zwingend notwendig, auf §§ 823 BGB, 6 AMG und die anderen Ausführungen zum Garantievertrag, Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, DSL oder die quasivertragliche Haftung einzugehen. Einser-Kandidaten sollten dies aber tun. Auseinandersetzen musste man sich am Rande aber auch mit § 831 BGB – wobei hier Vieles vertretbar ist.

Bitte beachten Sie bitte immer:

Die Lösungsskizze ist nur ein Lösungsvorschlag, der Ihnen helfen soll, Falllösungstechnik und materielles Recht zusammenzubringen. Bitte verstehen Sie sie auch so und wenn etwas noch nicht „geklappt“ hat, lesen Sie nach und seien Sie nicht entmutigt!